



Forschungsergebnisse

**Schließung von
Polizeiposten erhöht
Einbruch und Diebstahl**

Schwerpunkt Europa

**EU-Innovationspolitik
mit neuen Perspektiven**

Nachgefragt

**Wie steht es um die
Chancengleichheit am
Arbeitsplatz?**

Eine EconPol-Studie entwickelt neue Ideen, wie sich die Bürger/innen Europas stärker mit Europa identifizieren können.

Foto: © iStockphoto.com/PeskyMonkey

Ökonomen schlagen Maßnahmen für stärkere Identifizierung der Bürger mit Europa vor

Die Politik sollte mehr tun, um die Identifikation der Bürger/innen mit Europa zu fördern. Das könnte durch die Wahl europäischer statt nationaler Parteilisten bei der Europawahl befördert werden. Außerdem sollten EU-Bürgerversammlungen etabliert werden, um konkrete politische Fragen mit Entscheidungsvorschlägen zu erörtern. Das Profil Europas im Ausland könnte durch gemeinsame EU-Botschaften und EU-Konsulate geschärft werden. Dies sind zentrale Empfehlungen einer Studie, die das ZEW gemeinsam mit dem ifo Institut in München für das Forschungsnetzwerk EconPol Europe erarbeitet hat.

Die EconPol-Studie empfiehlt darüber hinaus, dass die Politik Gruppen in den Blick nehmen sollte, die wenig Gelegenheit zu grenzüberschreitenden Begegnungen haben und deren Identifikation mit Europa unterdurchschnittlich ist. Wünschenswert sind

neue Programme wie ein „Erasmus für Rentner“ oder eine „Europa-Walz“, bei der Berufstätige für einige Monate im europäischen Ausland arbeiten könnten. Bessere und neutrale Informationen über Europa versprechen sich die Autoren auch von einem europäischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Frage, welche Menschen neben der nationalen Identität auch eine europäische Identität verspüren. Überraschend ist das Ergebnis, dass der Anteil mit Bezug zu einer europäischen Identität in den zurückliegenden Krisenjahren sogar noch angestiegen ist und heute für die gesamte EU bei gut 60 Prozent liegt. Allerdings zeigt die Analyse auch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen.

Menschen, die sich selbst als Europäer betrachten, sind häufig jung, gut ausgebildet und haben vielfältige Reiseerfahrungen sowie Kontakte mit EU-Ausländern. Ältere und ärmere Men-

schen, die wenig über Europa wissen und auf dem Land wohnen, fühlen sich hingegen deutlich seltener als Europäer. Außerdem begünstigt politisches Interesse und die Zufriedenheit mit dem demokratischen System das europäische Denken.

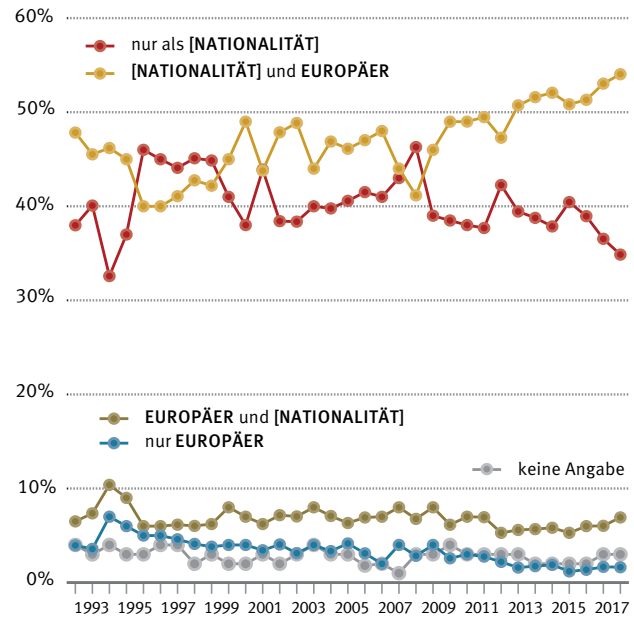
Vor diesem Hintergrund entwickelt die Studie neue Ideen, wie die Identifikation mit Europa gefördert werden kann. Eine stärkere Identifikation mit Europa führt dazu, dass Menschen besser über europäische Politik informiert sind und rationalere Entscheidungen treffen. Existierende Programme wie Erasmus für Studierende erreichen heute oft nur die Menschen, für die europäische Begegnungen ohnehin schon Alltag sind, kritisieren die Autoren.

Neue Ideen zur Förderung einer europäischen Identität

Die EconPol-Studie schlägt vor, dass ein „Erasmus für Rentner“ insbesondere ärmeren Rentnern/-innen helfen soll, denen bisher die Möglichkeiten dazu fehlen, Aufenthalte in anderen EU-Staaten zu finanzieren. Die Grundidee dabei ist die finanzielle Unterstützung von Reisen in andere europäische Länder, wobei die Reisen nicht einfach einem touristischen Zweck ohne wirkliche Begegnungen mit Menschen und der Kultur des Ziellandes dienen sollten. Dazu wäre die Teilnahme an kulturellen, historischen oder sozialen Projekten nachzuweisen oder aber eine sprachliche Fortbildung. Um Mitnahmeeffekte vermögenger und vielreisender Senioren/-innen auszuschließen, wären Einkommensgrenzen angebracht.

Weiterhin sollte eine „Europäische Walz“ vor allem Menschen in Branchen ohne große Auslandskontakte eine Art von Praktikum in einem anderen EU-Staat ermöglichen. Zu denken ist dabei etwa an den Gesundheitssektor, den öffentlichen Dienst, das Rechtswesen, die Gastronomie und das Handwerk. Gefördert, so der Vorschlag, würden berufliche Aufenthalte von einigen Wochen oder Monaten. Dies würde nicht nur dem Austausch und der Mehrung von beruflichem Wissen dienen, sondern außerdem europäische Erfahrungen vermitteln, so die Studie.

„MORENO-FRAGE“ ZUR EUROPÄISCHEN IDENTITÄT 1992–2017



Quelle: Eurobarometer 1992–2017, Moreno-Frage, gewichteter Durchschnitt für die Europäische Union insgesamt

Es geht nicht darum, durch solche Maßnahmen die Zustimmung für die EU und ihre Politiken in die Höhe zu treiben, sondern möglichst vielen Menschen in Europa die Chance zu geben, Vorurteile abzubauen und Europa zu erleben. Nur dann sind wirklich ausgewogene Entscheidungen über Europa und die künftige Entwicklung der Union möglich, bilanziert die Studie.

Die Studie zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/EU_Identitaet_EconPol_2018.pdf

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Messung einer „europäischen Identität“

Die Studie von ZEW und ifo Institut konzentriert sich auf die „Identifikation als Europäer“ im Sinne eines allgemeinen Gefühls einer positiven Verbundenheit mit Europa, das Grundlage für die Legitimität europäischer Integration und die Schaffung europäischer Institutionen sein und das zu demokratischem Engagement für und in Europa führen kann. Diese „Identifikation als Europäer“ ist vergleichsweise gut empirisch messbar. Die Umfrage „Eurobarometer“ enthält dazu umfangreiche empirische Informationen, insbesondere die sogenannte Moreno-Frage:

„In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da als

- (1) nur als [NATIONALITÄT],
- (2) [NATIONALITÄT] und EUROPÄER/IN,
- (3) Europäer/in und [NATIONALITÄT]
- (4) nur als EUROPÄER/IN“.

Eine Stärke dieser Frage liegt darin, dass sie Raum lässt für duale, also nationale und europäische Identitäten, und dass sie erlaubt, diese beiden Identitäten unterschiedlich zu priorisieren. Kritiker verweisen darauf, dass die Priorisierung der beiden Identitäten eine gleiche Gewichtung ausschließt, die bei vielen Menschen vorliegen könnte. Trotz dieses Einwands ist die Moreno-Frage die beste verfügbare empirische Information zu europäischen Identitäten.

Bildungsinvestitionen rechnen sich – auch für die öffentlichen Haushalte

Staatliche Investitionen in Ausbildung und Studium zahlen sich auch für die öffentlichen Haushalte aus. Denn durch Erwerbstätige mit Berufsausbildung oder Studienabschluss fließen dem Staat über Steuern, Abgaben und reduzierte Transferleistungen im Mittel mehr Einnahmen zu, als dieser vormals in deren Ausbildung investiert hat. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW, die im Auftrag des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation für den Nationalen Bildungsbericht 2018 erstellt wurde. Die Studie untersucht Nettoerträge und Renditen von Bildungsinvestitionen und vergleicht die Befunde mit früheren ZEW-Forschungsergebnissen.

Die öffentliche Hand verbucht pro Erwerbsperson mit abgeschlossener Berufsausbildung einen Nettoertrag von durchschnittlich 153.000 Euro (Barwert bezogen auf das Jahr 2016) – betrachtet über das Erwerbsleben hinweg bis zu einem Alter von 66 Jahren, und im Vergleich zu Personen ohne Berufsausbildung sowie einem angenommenen Ausbildungszeitraum von 17 bis 21 Jahren. Im Falle von Personen mit einem Schul- und Hochschulabschluss, erworben im Alter zwischen 17 und 25 Jahren und betrachtet bis zum Alter von 66 Jahren, beträgt der mittlere Nettoertrag 236.000 Euro (Barwert bezogen auf das Jahr 2016) im Vergleich zu einer Person ohne Berufsausbildung.

Die Autoren der ZEW-Studie schätzen sowohl den fiskalischen Nettoertrag als auch die fiskalische Bildungsrendite. Letztere beträgt für eine Berufsausbildung im Vergleich zu keiner Berufsausbildung im Durchschnitt 20,6 Prozent und für die Kombination Schule/Studium im Vergleich zu keiner Berufsausbildung 10,2 Prozent. Eine erfolgreiche, etwa vierjährige Berufsausbildung eröffnet berufliche Perspektiven und Verdienstmöglichkeiten. Aus dem höheren Einkommen im Laufe des Erwerbslebens resultieren für die öffentlichen Haushalte mehr Beiträge zu den Sozialversicherungen. Zusätzlich sinken im Vergleich zu einer Person mit niedrigerem Einkommen Transferansprüche an die öffentlichen Haushalte. Alles zusammen addiert sich zum positiven Nettoertrag und zur hohen Rendite aus Sicht der öffentlichen Haushalte. Die neunjährigen Investitionen in die Kombination Schule/Studium sind aufgrund der längeren Dauer ausgeprägter und rentieren sich dennoch vor allem aufgrund

der deutlich höheren Steuereinnahmen über das gesamte Erwerbsleben für die öffentliche Hand. Die Werte beziehen sich auf das Jahr 2016 und berücksichtigen den Rechtsstand bezogen auf Steuern, Abgaben und staatliche Transfers des Jahres 2018.

Bereits in einer Vorgängerstudie haben die Autoren Bildungsrenditen und Nettoerträge bezogen auf das Jahr 2012 und einen Rechtsstand von 2014 geschätzt. Der Vergleich zeigt, dass die Bildungsrenditen einer Berufsausbildung zwischen 2012 und 2016 leicht zugenommen haben, während die Bildungsrenditen, die durch ein abgeschlossenes Studium erzielt werden, moderat zurückgegangen sind. Diese Entwicklung könnte darauf zurückzuführen sein, dass der Trend steigender Akademikergehälter mittlerweile an Dynamik verloren hat. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung und des zahlenmäßigen Rückgangs der jüngeren Geburtsjahrgänge erscheint es derzeit jedoch wenig wahrscheinlich, dass die Qualifikationsprämien sinken.

Investitionen in die eigene Bildung lohnen sich

Die ZEW-Studie ermittelt ebenfalls Schätzwerte der individuellen Nettoerträge und Renditen, die Erwerbstätige durch eine Berufsausbildung oder ein Studium realisieren können. Während die individuellen Bildungsrenditen bezogen auf das Bruttoeinkommen bei über zehn Prozent liegen, schrumpfen sie nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sowie aufgrund des Transferentzugs bei einer Berufsausbildung im Mittel auf 6,4 Prozent, bei der Kombination Schule/Studium auf 6,2 Prozent. Diese Werte beziehen sich auf das verfügbare Einkommen, sind im Vergleich mit anderen Investitionen wie etwa Kapitalanlagen attraktiv und verdeutlichen, dass es sich in aller Regel auch wirtschaftlich lohnt, in seine Bildung zu investieren.

Für die Abschätzungen wird das ZEW-Mikrosimulationsmodell verwendet, das auf den repräsentativen Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Jahres 2016 aufbaut.

Die Studie findet sich zum Download unter:

www.zew.de/PU80282

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, friedhelm.pfeiffer@zew.de
Dr. Holger Stichnoth, holger.stichnoth@zew.de

INHALT

Ökonomen schlagen Maßnahmen für stärkere Identifizierung der Bürger mit Europa vor	1
Bildungsinvestitionen rechnen sich – auch für die öffentlichen Haushalte	3
Schließung von Polizeiposten in Gemeinden erhöht Diebstähle und Einbrüche	4
Schwerpunkt Europa	5

Matching für Mikrokredite – Finanzielle Integration durch Marktdesign-Ansätze	8
Nachgefragt: Wie steht es um die Chancengleichheit am Arbeitsplatz?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12



Foto: © iStockphoto.com/ MarioGuti

Im Zuge einer großangelegten Reform wurden viele Polizeiposten in baden-württembergischen Gemeinden geschlossen.

Schließung von Polizeiposten in Gemeinden erhöht Diebstähle und Einbrüche

Eine Polizeireform hat zur Schließung von rund 40 Prozent der örtlichen Polizeiposten in baden-württembergischen Gemeinden geführt. Wie sich die Zusammenlegung von Polizeiposten im Zuge der Reform auf die örtliche Kriminalitätsrate auswirkt, untersucht eine ZEW-Studie. Es zeigt sich, dass mit der Schließung von Polizeiposten Kfz-Diebstähle sowie Wohnungs- und Kellereinträge in den betroffenen Gemeinden stark ansteigen. Je weiter die Gemeinde von dem nächstgelegenen Polizeiposten entfernt ist, desto höher ist die Kriminalitätsrate in dieser Gemeinde.

Die Studie basiert auf Daten zu Standorten von Polizeiposten vor und nach der Reform aus den Jahren 1990 bis 2011 in Baden-Württemberg. Die ZEW-Wissenschaftler haben dazu die Effekte der 167 Schließungen von Polizeistationen und der damit einhergehenden Dienstortverlegungen der Polizisten/-innen auf die verbleibenden Polizeistationen untersucht. Die Ergebnisse zeigen einerseits, dass die Reform keinen Einfluss auf die Kriminalitätsrate insgesamt sowie auf viele Verbrechenskategorien hatte, unter anderem auf Gewaltverbrechen. Andererseits gab es massive Veränderungen mit Blick auf Diebstahl: Autodiebstahl sowie Wohnungs- und Kellereinträge sind in den Gemeinden um zwölf bis 17 Prozent gestiegen, bei Motorraddiebstählen ist eine Zunahme um acht Prozent zu verzeichnen. Dagegen wurden rund 13 Prozent weniger Fahrraddiebstähle begangen.

Die Schließung lokaler Polizeiposten hat die örtliche Polizeipräsenz in den Gemeinden reduziert und die Entfernung zu der nächstgelegenen Station erhöht. Kriminelle verlagern durch die geringere Polizeipräsenz ihren Fokus vom Diebstahl von Gütern mit typischerweise niedrigem Geldwert, wie beispielsweise Fahrrädern, auf den Diebstahl hochwertiger Güter wie Autos.

Weiterhin zeigen die ZEW-Wissenschaftler, dass die Schließung von Polizeiposten keine Auswirkung auf die Aufklärungsrate von Kriminalfällen hatte, demnach also nicht die polizeiliche Effizienz beeinflusste. Werden Polizeiposten geschlossen, wirkt sich das aber insbesondere dann negativ auf die Anzahl der gemeldeten Straftaten aus, wenn die Entfernung zum nächstgelegenen Polizeiposten überdurchschnittlich stark ansteigt.

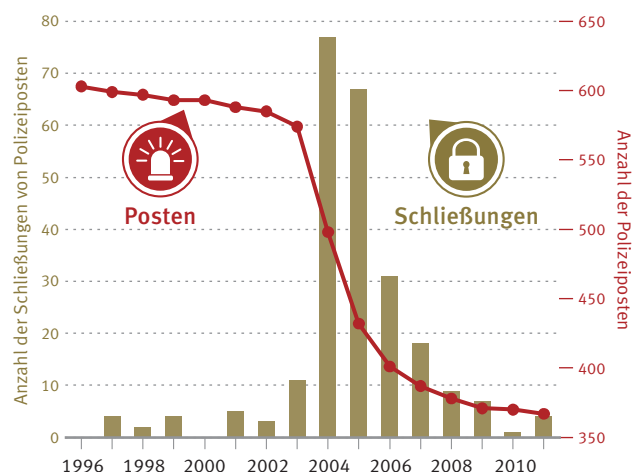
Die Distanz der von Schließungen betroffenen Gemeinden zum nächstgelegenen Polizeiposten variiert nach der Reform zwischen 2,2 Kilometern und 13 Kilometern.

In Gemeinden, die weiter als sechs Kilometer von dem nächstgelegenen Polizeiposten entfernt liegen, ist Diebstahl sehr viel häufiger geworden als in Gemeinden, die weiterhin näher an einem Polizeiposten liegen. Eine größere Entfernung zu örtlichen Polizeidienststellen bewirkt daher eine Verhaltensänderung bei Kriminellen und beeinträchtigt die abschreckende Wirkung von Strafverfolgung. Dennoch hat die Schließung von Polizeiposten in den vom ZEW untersuchten Fällen nicht mehr Menschen dazu gebracht, kriminell zu werden, sondern eher den Fokus der bereits aktiven Kriminellen verlagert.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU80287

Sebastian Blesse, sebastian.blesse@zew.de

ANZAHL UND SCHLISSUNG VON POLIZEIPOSTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Grafik zeigt die Anzahl der Schließungen von Polizeistationen (linke Achse) zwischen 1995 und 2011. Insgesamt wurden 235 Schließungen beobachtet. Der rote Graph (rechte Achse) zeigt die Anzahl der Polizeistationen zum jeweiligen Jahresende.



Schwerpunkt EUROPA

EU-Innovationspolitik mit neuen Perspektiven

Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) verliert Europa im Vergleich mit der Konkurrenz aus Asien immer mehr an Boden. Auch mit den Vereinigten Staaten kann Europa in diesem Punkt kaum Schritt halten (siehe Abbildung). Insgesamt hat sich außerdem die positive Wirkung von FuE-Investitionen auf das Produktivitätswachstum in Europa deutlich abgeschwächt. Aufgrund schlecht entwickelter Technologiemarkte existieren im Vergleich zu den USA zu wenige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit disruptiven Innovationen. Darüber hinaus sind die Renditen von Innovationen zurückgegangen und Technologien diffundieren zu langsam von den technologisch führenden Unternehmen in den Rest der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik für einen neuen Ansatz in der europäischen Innovationspolitik ausgesprochen, der sowohl die Entwicklung disruptiver Innovationen als auch die Diffusion neuer Technologien durch den Markt verstärkt fördert.

Engere Verknüpfung von Technologieentwicklung und Technologiediffusion

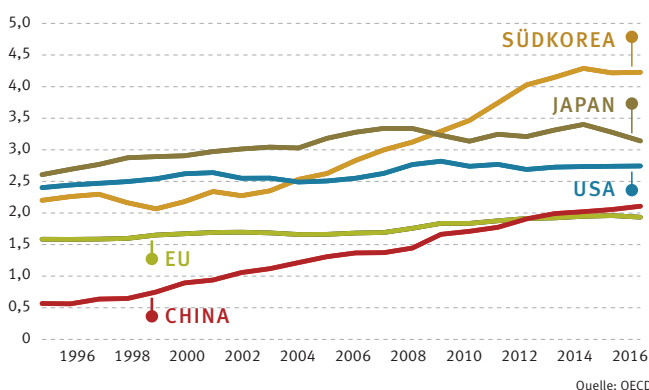
Trotz der Bemühungen der vergangenen Jahre, FuE-Investitionen in der EU zu fördern, werden insbesondere disruptive Innovationen – darunter sind neue Produkte und Dienstleistungen zu verstehen, die neue Märkte eröffnen und radikale Veränderungen nach sich ziehen oder ganz neue Märkte schaffen – meist außerhalb der EU entwickelt.

In der Vergangenheit hat der Mangel an Investitionen eine größere Beachtung gefunden als der Mangel an Diffusion, obwohl beide Bereiche einen bedeutenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben.

Um dem Mangel an disruptiven Innovationen in Europa entgegenzuwirken, will die europäische Innovationspolitik neue Wege gehen. Konkret wurde der Vorschlag unterbreitet, einen missionsorientierten Ansatz zu verfolgen, um eine engere Verknüpfung zwischen Technologieentwicklung und -diffusion zu ermöglichen und Anreize zu einer schnellen Verbreitung disruptiver Innovationen zu schaffen. Beide Ziele können erreicht wer-

den, indem Ressourcen gezielt in Bereichen eingesetzt werden, die das Potenzial haben, disruptive und wirkungsvolle Innovationen hervorzubringen und die für das Wachstum in Europa von Bedeutung sind. Hierbei können traditionelle Maßnahmen auf der Angebotsseite mit strategischen Maßnahmen in diesen Schlüsselbereichen kombiniert werden, um neue Märkte zu schaffen und Nachfrage zu generieren. So könnten politische Entscheidungsträger etwa als „Pioniernutzer“ in riskante aber vielversprechende Technologien investieren und somit die Entwicklung in diesen Bereichen beschleunigen. Auf Unterneh-

ENTWICKLUNG VON FUE-AUSGABEN IN PROZENT DES BIP



mensseite müssten einerseits Anreize geschaffen werden, in riskante Innovationsprojekte mit hohen Ertragschancen zu investieren. Andererseits bedarf es politischer Maßnahmen, die die Übernahme neuer Technologien in der gesamten europäischen Wirtschaft sicherstellen können. Technologische Diffusionsprozesse könnten mithilfe spezifischer Unterstützungsprogramme und der Stärkung des europäischen Marktes bei der Finanzierung innovativer Unternehmen, insbesondere von KMUs, beschleunigt werden.

Missionsorientierte Regierungsinstitutionen haben bei der Schaffung von Schlüsseltechnologien eine entscheidende Rolle

gespielt. So schufen die von der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) vorangetriebenen Forschungsprojekte die Grundlagen für das moderne Internet. Die GPS-Ortung wurde von der US Navy ins Leben gerufen und die Kompressionstechnologien MP3 und MPEG-4 wurden von der Fraunhofer-Gesellschaft entwickelt. All diese Organisationen erhielten den Auftrag, mithilfe technologischer Durchbrüche neue Märkte zu schaffen. Nun hat die EU ihr Engagement im Bereich der missionsorientierten Forschungspolitik und Innovationsdiffusion verstärkt. Das neunte EU-Rahmenprogramm „Horizon Europe“ sieht Forschungs- und Innovationsmissionen zur Förderung disruptiver Innovationen im Rahmen der Säule „Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ vor. Um eine engere Verbindung zwischen Innovation und Gesellschaft zu knüpfen, sollen diese Missionen in enger Zusammenarbeit mit

Bürgern/-innen und Anwendern industrieller Technologien konzipiert werden. Die Mitgliedstaaten haben ebenfalls Maßnahmen zur Forschungsförderung ergriffen. In Deutschland ist eine Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen geplant, die radikale Innovationen mit disruptivem Marktpotenzial fördern soll.

Eine große Herausforderung bei der Entwicklung missionsorientierter Maßnahmen wird es sein, zu entscheiden, welcher Weg bei diesen Programmen eingeschlagen werden soll. Die Maßnahmen sollten sich an gesellschaftlichen Interessen orientieren, um ihre soziale Wirkung zu maximieren.

Dieser Beitrag ist in längerer Version als ZEW Policy Brief abrufbar unter : www.zew.de/PU80284

Bastian Krieger, bastian.krieger@zew.de
Dr. Georg Licht, georg.licht@zew.de
Dr. Maikel Pellens, maikel.pellens@zew.de

ZEW Lunch Debate: Die EU braucht eine diffusionsorientierte Innovationspolitik

Die jüngste ZEW Lunch Debate mit dem Titel „Beyond Horizon 2020: Translating Public Research into Innovation“ in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel ist aufgrund ihrer hohen Aktualität auf großen Zuspruch gestoßen, wird doch derzeit die Ausgestaltung des nächsten, neunten EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“ auf europäischer Ebene intensiv diskutiert.



Auf dem Podium bei der ZEW Lunch Debate diskutierten (v.l.): Kurt Vandenberghe, Luc Soete, Marja Makarow, Diego Comin und ZEW-Ökonom Georg Licht.

Umso willkommener war für die zahlreichen Gäste die Gelegenheit, sich mit den von Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“, eingeladenen Experten/-innen über die künftigen Rahmenbedingungen der EU-Forschungsförderung auszutauschen und deren Einschätzung zu spezifischen Fragestellungen kennenzulernen. Die Teilnehmer/innen der ZEW Lunch Debate waren neben Georg Licht: Diego Comin, Professor für Wirtschafts-

wissenschaften am Dartmouth College und Research Fellow am CEPR, Professorin Marja Makarow, PhD, Direktorin des Biocenter Finland und Vizepräsidentin der Universität Helsinki, Luc Soete, Honorarprofessor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Maastricht und Fellow der Royal Dutch Academy of Sciences sowie Kurt Vandenberghe, Direktor in der Generaldirektion für Forschung und Innovation der EU-Kommission.

In seinem Vortrag zum Auftakt der Veranstaltung machte Georg Licht deutlich, wie wichtig Innovationen für den Erhalt des Wohlstands in Europa sind und verwies auf die große Bedeutung, die der schnellen Diffusion von neuem Wissen zukommt. An diesem Punkt, so Licht, setze das vom ZEW gemeinsam mit internationalen Partnern bearbeitete EU-Projekt FRAME (Framework for the Analysis of Research and Adoption Activities and their Macroeconomic Effects) an, das die Effekte der Generierung von Innovationen als auch deren Diffusion untersucht. Ziel ist die Entwicklung eines Instrumentariums zur zuverlässigen Bewertung der Auswirkungen von Innovationspolitik auf Schlüsselvariablen wie etwa Produktivität und Arbeitsplätze.

Die Paneldiskussion im Anschluss an den Vortrag drehte sich um die Frage, wie die von der EU gesetzten neuen Akzente in „Horizon Europe“ zu bewerten seien. Im Mittelpunkt der Debatte stand dabei das Vorhaben der EU, Projekten zu lancieren, die sich auf für die EU besonders bedeutsame Zukunftsfelder fokussieren. Zum Abschluss der Diskussion wertete Georg Licht die geplante stärkere Akzentuierung von Innovation und Diffusion in der EU-Forschungsförderung als guten Ansatz, gab aber zu bedenken, das Ganze nicht zu bürokratisch zu gestalten.

Eine Bildergalerie zu der Veranstaltung findet sich im Internet unter: www.zew.de/AM6222

Gunter Grittmann, gunter.grittmann@zew.de



Fehlendes Eigenkapital im Bankensektor beflügelt Länderrisiken in Europa

Nach den Vorschriften zur Bankenregulierung in Europa sind Investitionen in Staatsanleihen von Mitgliedern der Europäischen Union risikolos. Eine Folge davon ist, dass die europäischen Banken nicht dazu verpflichtet sind, riskante oder faule Staatsanleihen mit dem nötigen Eigenkapital zu unterfüttern. Dadurch wächst die Gefahr, dass bei überhöhter Staatsverschuldung die Aufschläge für Kreditausfallversicherungen zunächst in den EU-Ländern steigen, die von Wirtschaftskrisen direkt betroffen sind, was sich in der Folge auf weitere Länder ausbreiten kann, in denen Banken Staatsanleihen von Krisenstaaten halten. Im nächsten Krisenfall könnten daher mehrere Staaten gleichzeitig teilweise oder ganz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, wie eine ZEW-Studie zeigt.

Für die Untersuchung haben die Wissenschaftler/innen zwei zentrale Maßstäbe angesetzt. Zum einen ergeben sich fehlende finanzielle Ressourcen im Bankensektor daraus, dass Geldinstitute faktisch zwar Schuldentitel von Staaten mit einem hohen Kreditausfallrisiko halten, das Basel-III-Regelwerk und die europäische Eigenkapitalrichtlinie („Capital Requirements Directive“, CRD) den Banken aber gestattet, die Risikogewichtung von EU-Staatsanleihen mit null zu bewerten.

Staatsanleihen von EU-Ländern gelten als risikolos

Hintergrund ist, dass Europas Banken nach Basel III jeden ausgegebenen Kredit grundsätzlich mit einem Risikogewicht versehen müssen. Danach richtet sich, wie hoch der Eigenkapitalanteil ist, mit dem eine Bank den jeweiligen Kredit mitzufinanzieren hat. Besteht ein hohes Ausfallrisiko – etwa aufgrund schlechter Bewertungen durch Rating-Agenturen –, ist die Bank dazu verpflichtet, den Eigenkapitalanteil entsprechend hoch anzusetzen. EU-Staatsanleihen gelten nach den bestehenden Regularien allerdings als risikofrei, da bis zur Staatsschuldenkrise generell davon ausgegangen wurde, dass Europas Länder ihre Rück- und Zinszahlungen stets bedienen können.

Davon ausgehend, weist die Studie zum zweiten jeder ausgegebenen EU-Staatsanleihe eine Risikogewichtung zu, die sich nach der Kreditwürdigkeit des jeweiligen Staates richtet beziehungsweise nach den Aufschlägen auf die Kreditzinsen bei hohem Ausfallrisiko. Danach bemessen sich wiederum die Risikoaktiva für jedes Portfolio, in dem die Banken Staatsanleihen verschiedener europäischer Länder halten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Aufschläge oder Prämien für sogenannte Kreditausfallswaps oder -versicherungen zunächst in den EU-Mitgliedstaaten gestiegen sind, die von der Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2007 unmittelbar betroffen waren. Diese Reaktion auf die Krise schwappte in der Folge auf andere EU-Länder über, wo die Banken Staatsanleihen der betroffenen Krisenländer hielten.

Gepaart mit der Nullrisikogewichtung nach Basel III und folglich fehlendem Eigenkapital der Banken bei der Deckung von EU-Staatsanleihen, erhöht sich die Gefahr, dass Länderrisiken um sich greifen, also die teilweise oder völlige Zahlungsunfähigkeit eines Landes bei einer erneuten Wirtschaftskrise auf ein weiteres Land überzuspringen droht. Denn: Wenn sich das Länderrisiko verschärft – wie bereits mit den Anfängen der Staatsschuldenkrise in den Jahren 2009 und 2010 geschehen –, fehlen Europas Banken die nötigen finanzielle Ressourcen, um den



Italien kämpft nicht nur gegen die Unwetter – das Land steckt in einer Schuldenkrise. Eine ZEW-Studie zeigt nun, dass Wirtschaftskrisen auch Länder „anstecken“ könnten, die bisher als krisensicher gelten.

Krisenfall abfedern zu können, da zuvor kein hinreichend großer Eigenkapitalpuffer aufgebaut wurde. Somit erhöht sich unter dem Strich auch das Risiko, dass die Kreditinstitute im Krisenfall wahrscheinlich auf Subventionen aus Steuermitteln angewiesen sind.

Abwärtsspirale droht auch „krisensicheren“ Ländern

Im Zuge der Staatsschuldenkrise wurde bislang davon ausgegangen, dass in erster Linie ohnehin hoch verschuldete Länder wie Griechenland oder Irland von dieser Art Abwärtsspirale betroffen sind. Da die staatlichen Schuldentitel aber auch bei aus- und nicht nur bei inländischen Banken liegen, könnten künftig auch „krisensichere“ Länder wie Deutschland betroffen sein, so das Fazit der Studie. Die Autoren/-innen empfehlen daher strengere Bankenregularien in Form von modifizierten Eigenkapitalvorschriften und positive Risikogewichtungen bei der Ausgabe von Krediten, um negative externe Effekte zu vermeiden.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU79638

Dr. Karolin Kirschenmann, karolin.kirschenmann@zew.de



Foto: © iStockphoto.com/jafzy

Matching für Mikrokredite – Finanzielle Integration durch Marktdesign-Ansätze

In vielen der ärmsten Länder machen Kleinunternehmen über zwei Drittel der wirtschaftlichen Aktivität aus. Dabei ist die Entwicklung dieser Unternehmen oft eingeschränkt, weil ihnen Kreditsicherheiten für eine ausreichende Finanzierung fehlen und starke Informationsasymmetrien zwischen Banken und Kreditnehmern bestehen. Um dieser Marktbeschränkung entgegenzuwirken, haben findige Banker mit einer einfachen Marktdesign-Idee dazu beigetragen, neue Kreditmärkte aufzubauen.

Die Idee, für die ein Friedensnobelpreis vergeben wurde, auf den Punkt gebracht: Kredite werden an Gruppen vergeben, die gemeinsam für einen Kreditausfall haften und damit einen Anreiz haben, ausschließlich kreditwürdige Partner auszuwählen. Allerdings hat sich diese Idee insbesondere in ländlichen Gebieten als weniger erfolgreich erwiesen. Hier erfolgt die Gruppenbildung oft zwischen Kreditnehmern, die den gleichen Betriebsrisiken ausgesetzt sind. So sind zum Beispiel in einer Gruppe von Reisbauern alle Kreditnehmer gleichzeitig von einer extremen Dürreperiode betroffen und die Bank verliert dadurch die Sicherheit der Haftungsgemeinschaft.

Ein Projekt der ZEW-Forschungsgruppe Marktdesign hat sich zum Ziel gesetzt, Marktregeln zu entwickeln, um oben beschriebene Marktbeschränkungen abzubauen. Eine einfache Marktregel besteht darin, die Gruppenbildung von Kreditnehmern mit ähnlichen Berufsgruppen einzuschränken, zum Beispiel indem maximal drei Reisbauern pro Gruppe zugelassen werden. Der dabei verfolgte Marktdesign-Ansatz versucht nicht, die optimalen Kreditbedingungen herzuleiten, stattdessen werden konkrete Regeln für die Gruppenbildung gefunden – und dabei mit gegebenem Marktzins und Haftungsanteil gearbeitet.

Als nächste Schritte im Marktdesign-Prozess folgen das Testen der Marktregeln mit spieltheoretischen und ökonomischen Modellen, sowie die Hilfe bei der Umsetzung der Regeln, die idealerweise eine quasi-experimentelle Evaluation beinhaltet.

Für die Analyse nicht-experimenteller Umfragedaten stellt die Gruppenbildung ein Selektionsproblem dar. Der empirische Beitrag dieses Projektes besteht in der Entwicklung eines neuen Strukturmodells – implementiert in das Projekt R-Paket *matchingMarkets* – dass die etablierte Heckman-Methode zur Korrektur von Selektionsverzerrungen für die Gleichgewichtsanalyse von Gruppenbildungsprozessen anwendbar macht. Die Identifikation des Modells ist dadurch gegeben, dass die Gruppenbildung von den Charakteristika aller Marktteilnehmer abhängt, das Rückzahlungsverhalten einer Gruppe jedoch nur von ihren Mitgliedern bestimmt wird. Diese exogene Variation ist ähnlich der einer Instrumentvariable.

Marktdesign-Prozess ermöglicht Kleinunternehmen das Ausschöpfen ihres Wachstumspotenzials

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass die beschriebene Marktregel zu weniger Kreditausfällen führt. Das wiederum erlaubt den Banken, ihre Kredite erschwinglicher zu machen. Schlussendlich ermöglicht dies mehr Kleinunternehmen, ihr Wachstumspotenzial voll auszuschöpfen.

Die Ergebnisse des Projekts zeigen des Weiteren, dass die Zusammensetzung von Gruppen (oder sogenannter „Matches“) wichtig ist und der Marktdesign-Prozess dabei helfen kann, bessere Marktregeln in solchen Matching-Märkten zu gestalten. Die entwickelten Methoden sind unmittelbar auch in anderen Matching-Märkten anwendbar. Beispiele reichen vom Design der Quotenregelung für (ethnische) Minderheiten in der Schulplatzvergabe und in Einstiegsarbeitsmärkten, über die staatliche Regulierung von Firmenfusionen, bis hin zum Design von Matching-Algorithmen für dezentrale Landreformen.

Mehr Informationen zur Forschung und zum Projekt:
https://klein.uk/research/EEAEM2018_paper.pdf

Dr. Thilo Klein, thilo.klein@zew.de

Nachgefragt: Wie steht es um die Chancengleichheit am Arbeitsplatz?

„Die größten Unterschiede zwischen Frauen und Männern sehen wir bei Hierarchien“

Frauen dürfen in Deutschland seit dem 12. November 1918 wählen. Auch 100 Jahre später geht das Ringen um die Gleichstellung weiter – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Frauenquote, Lohnlücke und flexible Arbeitszeitmodelle beherrschen die Debatte um ein „Mehr“ an Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. ZEW-Personalökonomin Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes äußert sich kritisch zur Gleichstellung von Frauen und Männern im deutschen Arbeitsmarkt.

Wie sieht die aktuelle Beschäftigungsstruktur im deutschen Arbeitsmarkt aus?

Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten am Arbeitsmarkt enorm aufgeholt. Im Jahr 2017 lag ihre Beschäftigungsquote laut europäischer Statistikbehörde bei etwa 74 Prozent, die der Männer bei 82 Prozent. Bei der Bildung gibt es sogar gar keine Unterschiede mehr. Auf diesem Gebiet schneiden Frauen heutzutage tatsächlich besser ab. Es gibt allerdings auch große Unterschiede. Frauen und Männer sind immer noch häufig in typische Frauen- und Männerberufe segregiert. Dabei werden die typischen Männerberufe besser bezahlt und sind mit ein Grund für die nach wie vor recht hohen Geschlechterunterschiede bei den Löhnen. Der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen ist in Deutschland 21,5 Prozent geringer als der von Männern. Dass Frauen häufiger und länger wegen Kinderbetreuung im Beruf pausieren oder Teilzeit arbeiten, ist ein weiterer Grund. Die größten Unterschiede zwischen Frauen und Männern sehen wir aber immer noch, wenn es um Hierarchien geht. In einer unserer Befragungen geben 32 Prozent der Männer, aber nur 14 Prozent der Frauen an, in einer Führungsposition zu sein.

Stichwort „Frauenquote“ – Ja oder Nein?

Auf den ersten Blick könnte man sagen: Ja, eine Frauenquote scheint notwendig zu sein, wenn Frauen dieselben Chancen auf Führungspositionen haben sollen. So leicht kann man es sich aber nicht machen. Es gibt viele Gründe, warum Frauen hier schlechter vertreten sind. Sicherlich spielt eine Rolle, dass Karrieren häufig in einem Altersabschnitt gestartet werden, in dem Frauen auch Kinder bekommen. Und die Frage ist dann, wie gut sie beides miteinander vereinbaren können und wollen. Darüber hinaus gibt es Studien, die zeigen, dass Frauen sich weniger gern Wettbewerbssituationen aussetzen und nicht so gerne Risiken eingehen. Aus meiner Sicht muss noch besser erforscht werden, ob und wie man mehr Frauen dazu animieren kann, eine Führungsposition anzustreben. Und gleichzeitig darf man nicht aus dem Blick verlieren, dass auch die Arbeitgeber bereit sein müssen, mehr Frauen zu befördern.

Sind Frauen unzufriedener im Beruf als Männer?

Nein, das kann man so nicht grundsätzlich sagen. In unserer Befragung geben Frauen zwar seltener als Männer an, dass sie

die formellen Regeln und Prozeduren zur Entscheidungsfindung als gerecht empfinden. Frauen in Führungspositionen empfinden auch seltener, dass die Vergütung gerecht ist. Sie fühlen sich aber nicht weniger gerecht von ihren Vorgesetzten behandelt und sie unterscheiden sich in ihrer allgemeinen Arbeitszufriedenheit nicht von Männern.

Was bieten Unternehmen an beruflicher Weiterbildung an und was wird genutzt?

Tendenziell nehmen Frauen seltener an beruflicher, vom Arbeitgeber finanzierter Weiterbildung teil. Das gilt vor allem für Frauen in Teilzeit und in schlechter bezahlten Jobs. Dennoch sind es nicht immer die Arbeitgeber, die die Frauen benachteiligen. Sich weiterzubilden ist häufig auch eine persönliche Entscheidung. Wir werden demnächst eine Studie veröffentlichen, laut der hochqualifizierte Frauen in gut bezahlten Jobs sogar häufiger auf eigene Initiative und in ihrer Freizeit an Weiterbildung teilnehmen als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Jobs. Es könnte sein, dass sie das tun, um dem Arbeitgeber ihr Engagement zu zeigen, damit sie dieselben Chancen haben wie Männer.

Wie schneidet Deutschland im europäischen Vergleich ab?

Betrachtet man die reinen Zahlen, steht Deutschland in einigen Bereichen nicht gut da. Laut aktuellster Zahlen des europäischen Statistikamts liegt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen EU-weit bei 16,2 Prozent, in Deutschland bei 21,5. Schlechter schneiden nur Tschechien und Estland ab. Bei der weiblichen Erwerbsquote liegen die Deutschen mit 74 Prozent hingegen weit über dem EU-Durchschnitt von 68 Prozent. Auffallend ist allerdings, dass Frauen zu 37,5 Prozent häufiger in Teilzeit gehen als Männer. In Europa ist diese Differenz nur in den Niederlanden und der Schweiz noch höher.



Foto: ZEW

Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes

ist Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“ und verantwortet den Forschungsschwerpunkt „Betriebliche Arbeitsmärkte“. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Arbeitsqualität und der Auswirkungen von Instrumenten des Personalmanagements auf diese. Insbesondere befasst sie sich mit der Wirkung von nachhaltiger Personalarbeit auf die Mitarbeiterbindung, der Gestaltung und den Auswirkungen von flexiblem Arbeiten und den Effekten von Instrumenten der Personalentwicklung und der Chancengleichheit auf Karriereverläufe.

susanne.steffes@zew.de

ZEW bringt Expertise bei Workshops zu Stadtentwicklung in Kolumbien ein

Dr. Martin Kesternich, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW, hat eine Delegation von Baden-Württemberg International (bw-i), der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit des Bundeslandes, gemeinsam mit weiteren Vertretern/-innen aus Wissenschaft und Wirtschaft nach Kolumbien begleitet. Den inhaltlichen Kern der einwöchigen Reise bildeten gemeinsame Workshops mit kolumbianischen Wissenschaftlern/-innen an Universitäten und Forschungseinrichtungen in Bogotá und Medellín zu den Themenschwerpunkten Mobilität und Luftreinhaltung. Martin Kesternich stellte dabei aktuelle ZEW-Forschungsergebnisse zum freiwilligen CO₂-Ausgleich bei Fernbus- und Kurierdienstleistungen zur Diskussion. Gemeinsam mit den kolumbi-



Die bw-i-Delegation mit ZEW-Wissenschaftler Martin Kesternich in Kolumbien.

anischen Kollegen/-innen besuchten die Teilnehmer/-innen darüber hinaus lokale Verkehrsprojekte, die wissenschaftlich begleitet werden.

ZEW-Ökonomin Melanie Arntz zur Leibniz-Professorin ernannt



Melanie Arntz

Prof. Dr. Melanie Arntz, stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“, ist zur Professorin für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktökonomie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg ernannt worden. Nach Annahme des gemeinsamen Rufs von ZEW und Ruprecht-Karls-Universität erfolgte die Ernennung zum 1. Oktober 2018. Die Professur wird im Leibniz-Professorinnenprogramm im Leibniz-Wettbewerb 2018 gefördert. „Ich freue mich sehr

über die Ernennung. Das Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg bietet hervorragende Anknüpfungspunkte an meine Arbeit am ZEW, wo ich mich mit der Veränderung von Arbeitsmärkten durch zwei der Megatrends unserer Zeit – Digitalisierung und Globalisierung – beschäftige“, sagt Melanie Arntz. In ihrer Tätigkeit als Leibniz-Professorin leitet Melanie Arntz am ZEW auch eine Nachwuchsforschungsgruppe, die sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung und Globalisierung auf die Beschäftigungs- und Einkommenschancen von Arbeitskräften befasst. Dabei interessiert sie sich insbesondere für die Dynamik individueller Erwerbsbiografien im Kontext dieser Phänomene sowie den Einfluss regionaler Arbeitsmarktbedingungen auf Mobilitätsprozesse wie räumliche oder berufliche Mobilität.

über die Ernennung. Das Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg bietet hervorragende Anknüpfungspunkte an meine Arbeit am ZEW, wo ich mich mit der Veränderung von Arbeitsmärkten durch zwei der Megatrends unserer Zeit – Digitalisierung und Globalisierung – beschäftige“, sagt Melanie Arntz. In ihrer Tätigkeit als Leibniz-Professorin leitet Melanie Arntz am ZEW auch eine Nachwuchsforschungsgruppe, die sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung und Globalisierung auf die Beschäftigungs- und Einkommenschancen von Arbeitskräften befasst. Dabei interessiert sie sich insbesondere für die Dynamik individueller Erwerbsbiografien im Kontext dieser Phänomene sowie den Einfluss regionaler Arbeitsmarktbedingungen auf Mobilitätsprozesse wie räumliche oder berufliche Mobilität.

ZEW richtet Session zu Klima- und Innovationspolitik in Peking aus

Das ZEW hat gemeinsam mit der University of International Business and Economics (UIBE) in Peking und der Alexander von Humboldt-Stiftung das diesjährige Beijing-Humboldt-Forum (BHF) in der chinesischen Hauptstadt organisiert. Bei der Veranstaltung richtete das ZEW eine Session mit dem Titel „Assessing the Economic Impact of Environmental and Innovation Policies in China and Europe“ aus. Hier diskutierten internationale Gäste gemeinsam mit ZEW-Wissenschaftlern/-innen die Rolle von Umwelt-, Energie- und Innovationspolitiken für die weitere ökonomische Entwicklung der EU und Chinas.

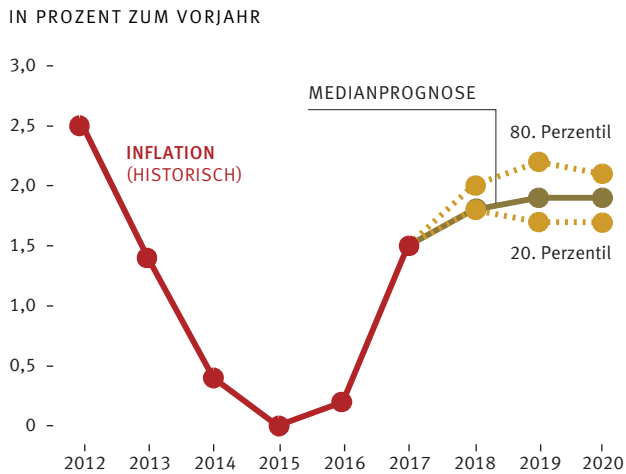
Das BHF fand in diesem Jahr unter dem Motto „Green Economy, Cultural Heritage, Education 2035“ statt und bot mehr als 1.000 Teilnehmer/-innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Vorträge zu den Themenblöcken Green Economy, kulturelles Erbe und Bildung 2035. Neben der Umwelt- und Innovationspolitik wurden in achtzehn wissenschaftlichen Sessions Themen wie die Rolle seltener Erden, globale Wertschöpfungsketten, Mobi-



Thomas Kohl, Sebastian Voigt, Andreas Löschel, Georg Licht, UIBE-Vizepräsident Zhao Zhongxiu, Christiane Reif und Bodo Sturm (v.l.).

lität in der Zukunft, Bildung sowie diverse kulturelle Aspekte näher beleuchtet. Als Teil der Eröffnungszeremonie wurde Thomas Kohl, ZEW-Direktor und Gründungsmitglied des BHF, besonders geehrt und seine Gastprofessur an der UIBE feierlich verlängert.

Prognosen zur Inflation im Euroraum ändern sich kaum

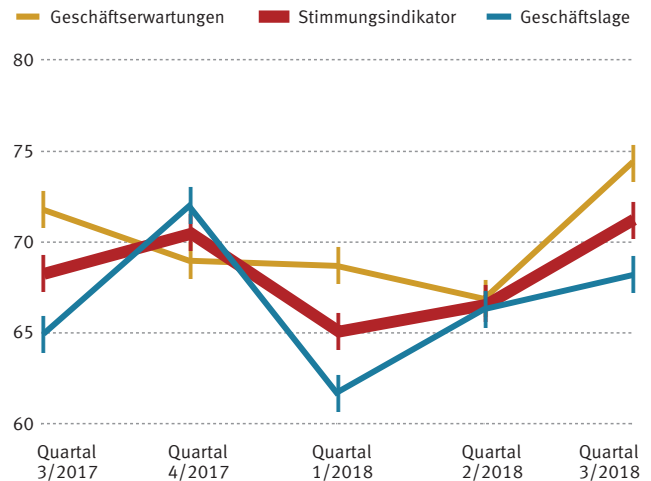


Quelle: ZEW

Die Erwartungen der Finanzmarktexperten/-innen für die Inflationsrate für 2018 und 2019 bleiben unverändert, die Prognose für das Jahr 2020 hingegen fällt leicht niedriger aus. Aktuell erwarten die Experten/-innen eine im Vergleich zur vorherigen Umfrage unveränderte Inflationsrate in der Eurozone für 2018 von 1,8 Prozent. Für die Jahre 2019 und 2020 rechnen die Experten/-innen hingegen im Median jeweils mit 1,9 Prozent. Im August 2018 prognostizierten die Experten/-innen für das Jahr 2020 noch eine Inflationsrate von 2,0 Prozent. Darauf deuten die November-Ergebnisse der Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests zur Inflationsentwicklung im Euroraum von 2018 bis 2020 hin. Auch mit Blick auf den EZB-Hauptrefinanzierungssatz bleiben die Experten/-innen bei ihren bisherigen Prognosen und erwarten auf Halbjahressicht im Durchschnitt einen Leitzins zwischen 0,0 Prozent und 0,09 Prozent; auf Sicht von 24 Monaten zwischen 0,16 Prozent und 0,77 Prozent.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

Gute Lage und optimistische Aussichten in der Informationswirtschaft



Quelle: ZEW

Bei den Unternehmen der Informationswirtschaft in Deutschland haben sich sowohl die konjunkturelle Stimmung im dritten Quartal 2018 als auch die Erwartungen für das vierte Quartal 2018 weiter positiv entwickelt. Dieses Ergebnis ist am ZEW-Stimmungsindikator abzulesen, der um 4,6 Punkte zugelegt hat und einen aktuellen Stand von 71,2 Punkten erreicht. Damit wird das wirtschaftliche Klima von einer deutlichen Mehrheit der Unternehmen der Informationswirtschaft positiv bewertet. Im Vergleich zum Vorquartal haben sich sowohl die Einschätzung der Geschäftslage als auch die Erwartungen für die künftige Geschäftssituation positiv entwickelt. Insbesondere der Teilindikator für die Geschäftserwartungen im vierten Quartal 2018 hat mit einem Anstieg um 7,4 Punkte in Vergleich zum Vorquartal deutlich zugelegt. Mit einem Stand von 74,3 Punkten wird die kritische 50-Punkte-Marke klar überschritten, was signalisiert, dass optimistische Geschäftserwartungen dominieren.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de



BMW-Vorstandsmitglied spricht am ZEW

Die individuelle Mobilität und ihre Industrialisierung befinden sich im Wandel. Es finden derzeit Veränderungen statt, die den Markt radikal umwälzen: Digitalisierung, autonomes Fahren und Connectivity stehen dafür. Klaus Fröhlich, Entwicklungsvorstand der BMW Group, wird am 4. Dezember 2018 in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW zum Thema „Die Zukunft ist jetzt. Den Umbruch der Automobilindustrie proaktiv gestalten“ sprechen. Teilnahme auf Einladung. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2717

MaCCI-Jahreskonferenz 2019

Das Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), eine gemeinsame Initiative des ZEW und der Universität Mannheim, veranstaltet am 28. und 29. März 2019 seine Jahreskonferenz. Die Veranstaltung widmet sich den Themen Wettbewerbsrecht und Wettbewerbsökonomie. Darunter fallen zum Beispiel auch Papiere zu Geschäftsstrategien in Bezug auf Wettbewerb, zu Schnittpunkten zwischen Wettbewerb und Innovation und zu regulierten Industrien. Einreichungen sind bis 15. Dezember 2018 möglich. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2721



Zur Sache in der Energiepolitik

Fast könnte man meinen, Wohl und Wehe des Klimawandels entscheiden sich am Hambacher Forst. Die Aktionsgemeinschaft „Ende Gelände“ hat auch nach dem richterlich verfügten Rodungsstopp zur Besetzung des Tagebaus aufgefordert, und in der parallel arbeitenden Kohlekommission

hat der Umweltverband BUND angekündigt, auszusteigen, wenn die Rodung nicht gestoppt würde.

Es ist gut, dass die globale Bedrohung durch den Klimawandel so fest in den Köpfen verankert ist. Der Strukturwandel weg von fossilen hin zu klimafreundlichen Energien steht zumindest in Deutschland nicht mehr zur Debatte. Das Pariser Abkommen ist unterzeichnet, die Klimaschutzziele sind in nationalen und internationalen Vereinbarungen beschlossen. Wenig hilfreich ist jedoch, wenn der Strukturwandel durch Emotionalisierung mehr blockiert als gestaltet wird. Es geht bei der Energiewende um Kosten in Billionenhöhe für Verbraucher/innen sowie um drohende Arbeitsplatzverluste. Eine kluge Sachpolitik täte not.

Die europäischen Klimaziele – eine 80- bis 95-Prozent-Reduktion von CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 – sind gesellschaftlicher Konsens. In dem „Wie“ stecken die Tücken. Acatech, BDI und weitere Institutionen haben Entwicklungspfade für den Strukturwandel vorgelegt. Wenn wir es gut machen, wird dieser teuer. Bereits jetzt zahlen die Stromverbraucher/innen etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr für die EEG-Umlage. Schätzungen gehen von Mehrkosten um die 2.000 Milliarden Euro bis 2050 aus, um die Klimaziele zu erreichen. Dies entspräche umgerechnet weiteren mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr. Wenn wir es schlecht machen, wird es exorbitant teuer oder sogar scheitern.

Mit dem Emissionshandel für CO₂-Zertifikate hat die EU ein Instrument geschaffen, das den Strukturwandel steuern kann. Energieerzeuger und energieintensive Unternehmen müssen für ihre Emissionen Zertifikate kaufen, die in begrenzter Menge angeboten werden. Diese Menge geht immer weiter zurück, zwischen 2021 bis 2030 um 2,2 Prozent jährlich. Deshalb ist es auch egal, wann genau Deutschland aus der Kohlestromerzeugung aussteigen wird. Emissionen, die nicht in Deutschland er-

zeugt werden, werden im europäischen Ausland erzeugt und umgekehrt. Die Gesamtmenge – fixiert durch den Emissionshandel – ist weitestgehend festgelegt. Eine zusätzliche Lösung von Zertifikaten kann, muss aber nicht mit dem Kohleausstieg einhergehen. Die Entscheidung ist in jedem Fall unabhängig davon, wann aus der Kohle ausgestiegen wird. Die Kohlekommission täte deshalb gut daran, mehr Energie darauf zu verwenden, geeignete Maßnahmen zur Begleitung des Strukturwandels zu identifizieren. Die Energiepolitik endet aber nicht in den Kohleabbaugebieten. Der Wandel hin zu einer emissionsfreien Stromerzeugung wird ohne einen massiven Ausbau der Stromnetze nicht gelingen. Eine smarte Ansiedlungspolitik für erneuerbare Energien kann zwar einen geringeren Ausbaubedarf bewirken, wie das aktuelle Sondergutachten der Monopolkommission zu Energie zeigt. Auf den Netzausbau lässt sich allerdings nicht ganz verzichten.

Damit der Strom auch in den Sektoren Wärme und Verkehr Einzug hält, sind weitere Maßnahmen nötig. An erster Stelle steht eine einheitliche und optimalerweise international koordinierte Bepreisung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Das EU-Emissionshandelssystem sollte deshalb die Sektoren Verkehr und Wärmeerzeugung einbeziehen. Unterstützend dazu sollte das Steuer-, Netzentgelte-, Abgaben- und Umlagensystem reformiert werden. Das System benachteiligt bisher Strom zu einseitig im Vergleich zu anderen Energieträgern wie Erdgas oder Benzin und verzögert damit die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Parallel zu einer vernünftigen Energiepolitik sind Aufklärung, Qualifizierung der Beschäftigten in den durch die Klimapolitik schrumpfenden Industrien und Förderung von Standortalternativen notwendig, um diesen Strukturwandel gemeinsam zu stemmen. Die Emotionen um Hambach vernebeln den Blick. Die Aufgaben haben erst begonnen.

Dieser Beitrag ist zuerst am 12. November 2018 im „Handelsblatt“ erschienen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail gunter.grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail felix.kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail sabine.elbert@zew.de
Kathrin Böhmer · Phone +49 621 1235-128 · Telefax +49 621 1235-255 · E-mail kathrin.boehmer@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2018 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft